

VON MONIKA SCHWARZ-FRIESEL

Wieder einmal hat Deutschland dem Antisemitismus den Kampf angesagt. Doch wogegen soll sich dieser Kampf tatsächlich richten? Worin liegt die Hauptgefahr des erneut und stetig um sich greifenden Antisemitismus? Nicht der explizite Vulgär- und Gewaltantisemitismus der Rechts- und Linksextremisten, der staatlich beobachtet und verpönt ist, birgt das größte Gefahrenpotenzial für die Gesellschaft, sondern der Antisemitismus der sogenannten Mitte. Unter der Bezeichnung „legitime Kritik“ werden in aller Öffentlichkeit sprachliche Grenzen überschritten. Ein kognitiv verzerrender, emotional enthemmender Antisraelismus wird als „Meinungsfreiheit“ verteidigt. Dies zeigt sich zum Beispiel in einigen Kommentaren und „Berichterstattungen“ zum Konflikt in Gasa.

Bis vor einigen Jahren äußerte sich der Antisemitismus der bürgerlichen Mitte eher hinter vorgehaltener Hand. Doch wer heute auf die Kommunikationsstrukturen in Deutschland blickt, registriert eine deutliche Veränderung: Die Artikulation von antisemitischen Argumenten ist salonfähig geworden, hat längst schon den offiziellen Diskurs erreicht und zeigt sich auf nahezu allen Ebenen des öffentlichen Lebens. Im Internet-Magazin www.kreuz.net werden die inadäquaten NS-Vergleiche deutscher Bischöfe (zu Ramallah fiel diesen das Warschauer Ghetto ein) bekräftigt und legitimiert. Dabei werden Phrasen wie „skrupellose jüdische Hetze gegen Bischöfe“ benutzt, die in ihrer Explizitheit dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten entsprechen. Begriffe wie „die nazi-ähnlichen Gewaltorgane der Zionisten“ und „der Staatsterror des jüdischen Apartheidregimes“ kursieren in zahlreichen Internetforen. Die Zeitung Junge Freiheit, die zwischen den Zeilen kontinuierlich antisemitische Argumente transportiert, wurde im Oktober 2007 in die Pressedokumentation des Bundestages aufgenommen. Viele Journalisten greifen mittels des Lexems „Auschwitzkeule“ das „moralische Totschlagargument“ auf, um ein angebliches Meinungsdiiktat anzuprangern. Leserbriefe, in denen antisemitische Stereotype verbalisiert werden und die vor einigen Jahren noch in den Papierkörben der Redakteure verschwunden sind, werden heute ohne Bedenken publiziert. So erschien die folgende Leserstimme vom Februar 2007 nicht etwa in der National-Zeitung, sondern in der Rhein-Zeitung: „Der Hass auf Deutsche (...) wird ewig wachgehalten. (...) Die Juden werden uns in 100 Jahren noch an unsere Schuld erinnern, dazu braucht man keine weiteren Gedenktafeln.“

Es gibt verschiedene Ausprägungen des Verbal-Antisemitismus. Sie reichen von klischeefestenden Floskeln über kritische Aussagen bis hin zu Gewaltaufrufen. Antisemitische Äußerungen transportieren antijüdische Bewertungen nicht nur über ihre wörtliche Bedeutung („Juden sind geldgierig“, sondern zunehmend auch über mehr oder weniger zurückhaltende Anspielungen (beispielsweise die Äußerungen eines Martin Walser, Jürgen Mülle-mann oder Martin Hohmann). „Gott vergibt, der Rabbi nicht“ hieß es im Frühjahr 2008 in einem Text der Frankfurter Rundschau, in dem über den Prozess der Messerattacke auf einen Rabbiner berichtet wurde. Mit solch einer Äußerung wird das uralt Stereotyp des nachtragenden, rachsüchtigen Juden aktiviert. Das negative Urteil wird aber nicht direkt kommuniziert, sondern durch die kontrastive Gegenüberstellung des vergebenden Gottes und des nicht vergebenden Rabbi impliziert. Eine einfache, kurze Schlagzeile trägt so zur Verfestigung anti-jüdischer Vorurteile bei.

Die heute vorherrschende Formvariante des verbalen Antisemitismus ist ein extremer Antisraelismus, der nicht mit produktiver Israel-Kritik zu verwechseln ist. Eine Analyse der vielen Tausend Briefe und E-Mails an den Zentralrat der Juden in Deutschland und die israelische Botschaft in Berlin gibt Einblick in diese Argumentation. Da schreiben Schüler, Studenten, Anwälte, Journalisten, Ärzte, Professoren, Pfarrer und Lokalpolitiker mit Namen und Anschrift, die eine Kopie ihres Textes an die Bundesregierung oder Zeitungsredaktionen senden. Diese „besorgten Bürger“ sind gebildet, wohlartikulierte, oft eloquent. Sie lehnen Rechtsextremismus entschieden ab und weisen „jeden Verdacht, antisemitisch eingestellt“ zu sein, energisch von sich. Sie beziehen sich auf prominente „Vorbilder“ (wie Jürgen Mülle-mann, Norbert Blüm, Udo Steinbach, Rupert Neu-



Tommyknacker: „Apartheid“, „Gräueltaten“, „Vernichtungskrieg“ und „Staatsterror“ – mit solcher Munition wird gerne auf Israel geschossen.

Foto: imago Montage: Frank Albus

Worte wie Waffen

Wie Antisemitismus und Antisraelismus über Begriffe und Vergleiche in der bürgerlichen Mitte salonfähig geworden sind

deck), wenn sie „tief besorgt“ die „Gräueltaten der Israelis“, den „Staatsterror Israels“ und die „an NS-Methoden erinnernden Vergeltungsmaßnahmen“ sowie den „Vernichtungskrieg“ anführen. Viele bekunden „tiefes Mitleid“ mit den „Opfern der jüdischen Brutalität“, lassen aber keinerlei Empathie für die israelischen Opfer von Terroranschlägen erkennen und distanzieren sich mehrheitlich von einem „zu gefühlsbetonten und übertriebenen Erinnern“ an die Schoa. Zentralrat und Bot-

„Gott vergibt, der Rabbi nicht“, hieß es in einer deutschen Tageszeitung.

schaft wird vorgeworfen, sie unterstützten mit Israel ein „Unrechts- und Apartheidregime“, einen „zweiten NS-Staat“. Die Argumentation wird verteidigt als „legitime Israel-Kritik“, basiert aber oft maßgeblich auf tradierten Stereotypen: „Juden nutzen Sonderrechte schamlos aus“, sind „unversöhnlich, nachtragend“, „provizieren durch ihr Verhalten selbst Antisemitismus“. Auffällig oft werden die Begriffe „Juden“ und „Israelis“ synonym verwendet. Dem Zentralrat und der Botschaft des Staates Israel werden neben „Komplizenschaft am israelischen Verbrechenssystem“ auch moralische Erpressung und Zensurbestrebungen vorgeworfen. So verschmelzen vergangenheitsbezogene Erinnerungsabwehr und gegenwartsbezogener Antisraelismus.

Auffallend häufig werden NS-Vergleiche zur Diffamierung Israels benutzt. Dadurch wird der heutige Judenstaat stigmatisiert, die deutsche Vergangenheit gleichzeitig relativiert. Viele Schreiber fordern

zu Sanktionen und Strafmaßnahmen auf, die strukturentschuldig mit dem Boykott-Aufrufen in der NS-Zeit sind: „Deutsche, kauft keine israelischen Früchte!“ Und immer wieder taucht die Frage auf, ob es nicht erlaubt sei, seine Meinung frei zu sagen?

Auch der Leserbrief von Frau Hecht-Galinski in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. Juli vergangenen Jahres endete mit einem solchen Hinweis. Dass kein anderes Land der Welt so oft und so heftig öffentlich kritisiert wird wie Israel, wird dabei schlichtweg ignoriert. Das Argument der Zensur scheint verführerisch, dient es doch dem Selbstbild eines mutigen Verfechters von Meinungsfreiheit. In der FAZ wurde der inadäquate Sprachgebrauch Hecht-Galinskis verteidigt und ihrem Kontrahenten Henryk M. Broder eine „Strategie der verbalen Aggression“ vorgeworfen, die das Ziel habe, „Kritiker Israels einzuschüchtern“. Eine typische Manifestation der Umkehrstrategie Täter-Opfer, aber in einem Publikationsorgan der Mitte.

Hier stellt sich nicht nur die Frage, inwieweit antisraelische Äußerungen intentional oder nicht-intentional antisemitisches Gedankengut implizieren oder hervorufen, sondern auch, warum einzelne Personen nach all den Debatten über dieses brisante Thema nicht davon lassen können, derartige Parallelen zu ziehen, warum sie überhaupt „Verdachtsmomente“ entstehen lassen. Jeder NS-Vergleich ist eine sprachliche Brachialform, eine verbale Unkultur. Mit der Unverhältnismäßigkeit der Analogie korrespondiert eine Relativierung der NS-Zeit sowie die Beleidigung der Opfer. Wer sich in dieser Form äußert, sollte wissen, welchem Verdacht er sich aussetzt. Dies wird aber offensichtlich in Kauf genommen, wenn es darum geht, Israel und sein Handeln anzugreifen. Legitime und konstruktive Kritik an israelischer Politik,

wie sie verantwortungsbewusst immer wieder vorgetragen wird, artikuliert sich ohne Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandard – und ohne NS-Vergleiche.

Diese Kritik hat nichts mit dem destruktiven und brandgefährlichen Antisraelismus gemein, der das Land einseitig verzerrt, übertrieben und hoch emotional analog zur NS-Zeit als Verbrecher- und Apartheidstaat diffamiert. Man stelle sich vor, ein Linienbus in Deutschland wird durch eine Bombe zerfetzt – und in der

Israel gegenüber sind verbale Grenzüberschreitungen an der Tagesordnung.

ausländischen Presse würden die polizeilichen Maßnahmen als „Vergeltung mit NS-Methoden“ kritisiert. Oder an der Grenze zu Belgien käme es dauerhaft zu Raketenbeschuss auf deutsches Territorium, und die deutschen Schutz- und Abwehrhandlungen würden als „unverhältnismäßiger Staatsterror“ angeprangert.

Israel gegenüber sind solche verbalen Grenzüberschreitungen an der Tagesordnung. Brachialverbalismen werden im öffentlichen Diskurs durch Vertreter aus Politik, Religion und Bildung prominent vorartikuliert: von Bischöfen, Professoren, Mitarbeitern der Bundeszentrale für politische Bildung und Mitgliedern des Bundestages. Der israelische Historiker Moshe Zimmermann (gefragt nach der Rolle des Gedenkens an den 9. November 1938 in Israel) verknüpfte seine Antwort sofort mit der Überlegung „Wir Israelis müssten uns fragen, was wir den Arabern antun.“ Solche Äußerungen (die dann genüsslich

in der National-Zeitung zitiert werden) lassen nicht nur jede Sensibilität vermissen, sie sind darüber hinaus gefährlich und verantwortungslos. Über einen derartigen Sprachgebrauch wird, bewusst oder unbewusst, der auf Israel bezogene und als Israel-Kritik kanalisierte Antisemitismus gesellschaftlich normalisiert und legitimiert.

Sprache vermittelt und beeinflusst Bewusstseinsinhalte, steuert Meinungsbildungsprozesse, transportiert kognitive Stereotypen und schürt emotionale Vorurteile. Beim verbalen Antisemitismus zeigt sich die Gewalt der Sprache als Gewalt durch Sprache: Die Manifestationsform des extremen Antisraelismus trägt maßgeblich dazu bei, dass einer antijüdischen Feindbildkonstruktion sowie der Dämonisierung des Staates Israel argumentativ Vorschub geleistet und eine Radikalisierung in die Mitte unserer Gesellschaft transportiert wird.

Verbale Brandstiftung muss benannt und aus dem öffentlichen Diskurs so weit wie nur irgend möglich verbannt werden. Mit Kontrolle oder Zensur hat das nichts zu tun. Vielmehr berührt es die eigene Sprachkultur und historisch fundierte Erkenntnis darüber, was unzulässiger Sprachgebrauch bewirken kann. Der Tator Sprache ist nicht weniger gefährlich als jede non-verbale Handlung. Oder, um es mit Heinrich Böll zu sagen: „Der Spruch, wenn Worte töten könnten, ist längst aus dem Irrealis in den Indikativ geholt worden: Worte können töten ...“

Die Autorin ist Professorin an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena und arbeitet derzeit an einem Forschungsprojekt über Antisemitismus und Antisraelismus in Deutschland und deren sprachliche und konzeptuelle Charakteristika.